

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Hauptausschuss	03.08.2015

Amtshilfeersuchen der Bezirksregierung Köln zur Realisierung einer Flüchtlingsunterkunft des Landes NRW in Köln

Die Bezirksregierung Köln hat die Stadt Köln am 27. Juli 2015 schriftlich ersucht, sie im Wege der Amtshilfe bei der Unterbringung von rund 1.000 Flüchtlingen zu unterstützen, indem sie zunächst die Fläche des Parkplatzes an der Bezirkssportanlage Merianstraße in Köln-Chorweiler für die befristete Aufstellung von Zelten zur Verfügung stellt und anschließend die benachbarte Fläche der ursprünglich geplanten Radrennbahn neben der Bezirkssportanlage für die Aufstellung von Wohncontainern bereitstellt. Die Einrichtungen sollen durch das Land errichtet und betrieben werden.

Der Stadtvorstand hat sich in seiner Sitzung am 28.07.2015 auf eine Linie verständigt, die ein dreistufiges Vorgehen vorsieht:

Die Stadt Köln wird die vorübergehende Errichtung der Zelte auf dem Parkplatz im Rahmen der Amtshilfe hinnehmen, um angesichts der Dringlichkeit der Maßnahme eine drohende Obdachlosigkeit der Flüchtlinge zu verhindern. Sie akzeptiert diese Maßnahme im ersten Schritt als zeitlich befristete Übergangslösung bis Oktober, weist die Bezirksregierung aber darauf hin, dass eine Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten nicht den von der Stadt Köln formulierten Standards entspricht.

Deshalb ist die Zeltunterbringung aus Sicht des Stadtvorstands so schnell wie möglich zu beenden und im zweiten Schritt die provisorische Unterbringung der Menschen in Wohncontainern sicherzustellen. Die Aufstellung von Wohncontainern für eine von der Bezirksregierung geplante „Zentrale Unterbringungseinrichtung“ (ZUE) auf der benachbarten ursprünglich geplanten Radrennbahn der Bezirkssportanlage Chorweiler lehnt die Stadt Köln allerdings ab. Nach Ansicht des Stadtvorstands reicht das Gelände mit rund 7.000 Quadratmetern Nutzfläche nicht aus, um 1.000 Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen. Zudem befinden sich im Umfeld von rund 1.000 Metern bereits zwei Flüchtlingsunterkünfte der Stadt Köln, eine davon direkt auf der gegenüberliegenden Straßenseite an der Gustav-Heinemann-Schule. Dies würde zu einer massiven Konzentrierung von Flüchtlingen im Stadtbezirk Chorweiler führen.

Dies hat die Stadt der Bezirksregierung in einem Telefonat übermittelt. Für einen befristeten Anschlussstandort mit Wohncontainern empfiehlt der Stadtvorstand, landeseigene Grundstücke zu nutzen. Für die langfristige Unterbringung befürwortet der Stadtvorstand im dritten Schritt die Nutzung von bestehenden Bauten nach entsprechender Herrichtung. Auch darüber steht die Stadt Köln mit der Bezirksregierung im Gespräch. Dabei erwartet sie von der Bezirksregierung außerdem detaillierte Angaben, in welcher Form und unter welchen Bedingungen die geplante „Zentrale Unterbringungseinrichtung“ errichtet werden soll.

Die Bezirksregierung hat die Stadt Köln um ein Gespräch gebeten, welches am Freitag, 31.07.2015 zwischen dem stellvertretenden Regierungspräsidenten Herrn Steitz und Herrn Stadtdirektor Kahlen, Frau Stadtkämmerin Klug in Vertretung für Frau Sozialdezernentin Reker sowie weiteren Vertretern der BR Köln und Stadt Köln stattgefunden hat.

Die Bezirksregierung informiert darin die Stadt, dass die erforderlichen Zelte zur Unterbringung von 840 bis 960 Personen auf dem Parkplatz der Bezirkssportanlage Chorweiler bereits bestellt sind und am 9./10. August der Aufbau beginnt. Die soziale Betreuung wird von den Johannitern übernommen, die bereits an der Landesunterkunft in der Boltens Sternstraße die soziale Begleitung der Flüchtlinge sicherstellen. Der Zeltaufbau wird mit etwa 8 Tagen kalkuliert, so dass noch im August die Zelte mit Flüchtlingen belegt werden können. Die Unterbringung wird als Notunterkunft geführt und dient als Ergänzung der derzeit überfüllten Erstaufnahmeeinrichtungen innerhalb NRW's. Inwieweit die vom Land genutzte Immobilie in der Boltens Sternstraße nach Errichtung der Zelte weiter genutzt wird, bleibt vorerst abzuwarten. Die dort bereits ca. 150 untergebrachten Flüchtlinge werden jedoch eine Teilmenge der insgesamt 1.000 geplanten Flüchtlinge bilden. Die Bezirksregierung wird noch in dieser Woche eine Einladung für eine Bürgerinformation veröffentlichen.

Parallel prüft eine eigens eingerichtete Projektgruppe der Bezirksregierung mögliche Standorte außerhalb Chorweilers, um noch vor Ablauf von drei Monaten einen Umzug der Menschen aus den Zelten in temporäre Wohncontainer sicherzustellen. Als möglichen Standort prüft die Bezirksregierung auch die landeseigenen Flächen an den ehemaligen Domgärten an der Alteburger Straße in Bayenthal. Die Bezirksregierung hat zugesichert, die Stadt über die weiteren Ergebnisse der Prüfung zu informieren. Die städtischen Pläne der zukünftigen Erweiterung des Grüngürtels am Standort Alteburger Straße wurden der Bezirksregierung mitgeteilt.

Die Bezirksregierung plant in einem letzten Schritt, auch die noch zu errichtenden Wohncontainer durch eine – dann langfristige – Landeseinrichtung abzulösen. Die Standortsuche ist noch nicht abgeschlossen, die derzeit von der Bundeswehr genutzte Fläche in Porz-Lind ist ein denkbarer Standort, der jedoch noch nicht abschließend geprüft ist.

Die Bezirksregierung hat der Stadt zugesichert, in einem intensiven Austausch mit der Stadt die weiteren Schritte zu besprechen. Die Stadt wiederum hat Ihre Mitarbeit im Rahmen der Amtshilfe bekräftigt.

Zum 31.07.2015 sind in Köln 7.208 Flüchtlinge in Unterkünften der Stadt Köln untergebracht, weitere 150 Flüchtlinge in einer Einrichtung des Landes.

gez. Roters